

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung des Landes Brandenburg

Aktenzeichen: 24. /8913 / /20 /

An das
 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
 Ref. 24
 Heinrich-Mann-Allee 107
 14473 Potsdam

Datum:

Betr. Förderung von Sportstätten des Landes Brandenburg nach Richtlinie des MBJS zur Umsetzung des Goldenen Plans Brandenburg 2021 – 2024 (RL-GPB)

1. Antragsteller

Name, Bezeichnung	Landessportbund Brandenburg e. V. (LSB)
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt:	Ansprechpartner:
	Telefon:
	E-Mail:
Bankverbindung	IBAN:
	BIC-SWIFT:
	Inhaber:
	Kreditinstitut:
	Ort:

2. Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme, Name und Anschrift der Einrichtung:
Standort (Grundstück, Ort, Straße, Hausnummer):
Eigentümer und ggf. Erbbauberechtigter des Grundstücks mit Dauer des Erbbaurechts

Durchführungszeitraum von/bis
voraussichtliche Vergabe des Rohbauauftrages: (Nur Ausfüllen bei Neu- und Ersatzbau)
voraussichtliche Abnahme des Rohbaus: (Nur Ausfüllen bei Neu- und Ersatzbau)
voraussichtliche Schlussabnahme: (Nur Ausfüllen bei Neu- und Ersatzbau)

3. Kosten-/Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	20..	20..	20..ff	Summe
	in Euro			
3.1 Gesamtkosten				
3.2 Eigenanteil				
3.3 Leistungen Dritter ohne öffentliche Förderung				
3.4 Beantragte/bewilligte Förderung <small>((ohne 3.5) durch z.B. Ministerium, Kreisverwaltung, Amt, Gemeinde)</small>				
3.5 Beantragte Zuwendung				

4. Beantragte Förderung

Zwendungsbereich	Zuwendung in Euro (€)	v.H.d. Gesamtkosten
Summe		

5. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

Inhaltliche Beschreibung und Erläuterung des Vorhabens:

(Beschreibung der Ziele und Inhalte des Projekts, seines Nutzens, der Dringlichkeit der Durchführung, der zu erwartenden Folgekosten usw., ggf. ausführliche Darstellung auf besonderem Blatt: Notwendigkeit der Maßnahme und Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung begründen)

Vorgesehene Organisations- und Ablaufplanung:

(Projektstruktur, -organisation, -dauer; Zeitplan für die Durchführung - Maßnahmebeginn und Maßnahmeende - usw.)

6. Begründung

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2. Worin liegt nach Auffassung der Antragsteller das **besondere Landesinteresse** begründet, das Projektvorhaben mit Landeszuwendungen zu fördern?

6.3. Worin liegt nach Auffassung der Antragsteller das **besondere Interesse des MBS** begründet, im Rahmen seiner Zuständigkeit das Projektvorhaben mit Ressortmitteln zu fördern?

6.4. Welche weiteren **Förderzusagen** liegen von dritter Seite bereits vor? Welche Einnahmen sind im Projekt möglich und geplant? vgl. Finanzierungsplan
(Bitte Art der Finanzierungsbeteiligung, Höhe der zugesagten Beträge und Form der Zusage - Zuwendungsbescheid o.ä. – angeben, falls dies nicht bereits aus dem Finanzierungsplan ersichtlich ist)

6.5. Welche **Alternativplanung** besteht bei den Antragstellern für den Fall, dass die beantragte Förderung nur in weit geringerer Höhe gewährt werden kann, oder aber die Förderung durch Dritte (s.o.) ganz oder teilweise ausfällt? Kann der Eigenanteil erhöht werden?

7. Anlagen entfällt

7.1 Haushaltsunterlagen (HU-Bau)

Unter anderem bestehend aus:

- 7.1.1 Erläuterungsbericht
Beschreibung wesentlicher Merkmale des Bauvorhabens, Beschreibung der Baumaßnahmen, Ausführungsart der Bauteile
Bei Instandsetzung und Modernisierungen ist der Bestand nach Bauteilen darzustellen und zu bewerten.
- 7.1.2 Bauzeiten- und Finanzierungsplan (in Jahresscheiben)
- 7.1.3 Raumprogramm
Auflistung der Räume (Berechnung der Flächen und Rauminhalte nach DIN 24):
Raumnummer, Raumbezeichnung, Hauptnutzungsfläche (HNF), Nebennutzfläche (NF), Funktionsfläche (FF), Verkehrsfläche (VF), Bruttorauminhalt (BRI)
- 7.1.4 Kostenberechnung nach DIN 276 einschließlich Planungs- und Kostenblatt, Anhang
- 7.1.5 Berechnung der Betriebs- und Folgekosten (Wirtschaftlichkeitsrechnung)
- 7.1.6 Bericht zum Stand der erforderlichen Genehmigungen, Darstellung der Eigentumsverhältnisse
- 7.1.7 Übersichtsplan (z.B. Stadtpläne, topographische Karten aus denen die Lage des Grundstücks und die Erschließung ersichtlich sind)
- 7.1.8 Lageplan auf der Grundlage der amtlichen Flurkarte (nicht kleiner als 1 : 500)
Er soll u.a. enthalten:
Maßstab, Nordpfeil, Grenzen und Bebaubarkeit des Grundstückes, Bebauung der Nachbargrundstücke, Höhenangaben, Wege und Straßen, vorhandene Baugruppen, Neupflanzungen, vorhandener oder neu zu errichtende bauliche Anlagen mit Angaben zur Nutzung und Geschoszahl, Einfriedungen, Grünflächen, vorhandene und neu zu errichtende technische Anlagen (u.a. Gas, Fernwärme, Stromversorgung, Beleuchtung)
- 7.1.9 Baupläne M 1 : 100
Grundrisse, Hauptansichten, Schnitte
Die Pläne sollen enthalten:
Nordpfeil, alle Maße zum Nachweis der Rauminhalte und Flächen der Räume, Raumnummern, Höhenkote EG
Darstellung der wesentlichen technischen Ausrüstungen und betrieblichen Einbauten

7.2 Übersicht über die Mitgliederzahl ^{1) 2)}

7.3 Satzung ^{1) 2)}

7.4 Beglaubigter Abzug aus dem Vereinsregister ^{1) 2)}

7.5 Körperschaftssteuerfreistellungsbescheid des Finanzamtes (Gemeinnützigkeitsbescheinigung) ^{1) 2)}

7.6 Grundbuchauszug bzw. Kopie des Miet- oder Pachtvertrag, soweit die geplante Sportstätte nicht auf eigenem Gelände des Antragsstellers erstellt wird ^{1) 2)}

1) nur bei der Erstausfertigung beifügen

2) gilt nicht für Gemeinden (GV)

8. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird;
als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten;

Hiermit wird **erstmalig** der vorzeitige Maßnahmebeginn zum _____, aber **frühestens mit Eingang der Unterlagen beim MBS (Poststempel)**, wegen zwingender Notwendigkeit beantragt.

Begründung:

8.2 dass die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam für die Projektfinanzierung verwendet werden;

8.3 dass der/die Antragsteller/in zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 i.V.m. § 2 Umsatzsteuergesetz

nicht berechtigt ist

berechtigt ist (Preise ohne Umsatzsteuer)

und dies bei der Finanzierungsplanung berücksichtigt wurde (Preise ohne Umsatzsteuer);

8.4 dass die in diesem Antrag und den ihm beigefügten Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und wahrheitsgemäß sind,

8.5 unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung - die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Der LSB / Antragsteller gibt hiermit folgende Bestätigung:

- das eingereichte Projekt/Maßnahme wurde in Bezug auf die Bestimmungen der GPB-Richtlinie insbesondere auf die Zuwendungsvoraussetzungen geprüft,
- das eingereichte Projekt/Maßnahme fällt unter den Punkt 2.1 der GPB-Richtlinie „Förderfähige Maßnahmen“ und nicht unter den Punkt 2.2 der GPB-Richtlinie „Nicht förderfähige Maßnahmen“,
- die Notwendigkeit der Förderung wurde geprüft und entsprechend dokumentiert,
- die zuwendungsfähigen Gesamtkosten wurden gemäß Punkt 5.4.3 der GPB-Richtlinie auf der Grundlage einer Kostenberechnung nach DIN 276 in der gültigen Fassung festgelegt, bzw. vorgelegte Kostenangebote wurden herangezogen und berücksichtigt, auf dieser Grundlage wurde die Angemessenheit der Kosten vom LSB geprüft und entsprechend dokumentiert.

Ort, Datum

1. Unterschrift

Unterschrift der nach den gesetzlichen Bestimmungen/ Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Personen

2. Unterschrift

Unterschrift der nach den gesetzlichen Bestimmungen/ Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Personen

Name in Druckbuchstaben

Name in Druckbuchstaben

Stempel

9. Ergebnis der Antragsprüfung durch die Staatliche Bauverwaltung
(wird bei Vorhaben mit mehr als 1.000.000 € Zuwendung vom MBSJ veranlasst)

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – nicht – entspricht. Die fachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

2. Für die Durchführung der Baumaßnahme hat der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt:

_____ Euro

3. Auf Grund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet:

_____ Euro

Ort/Datum

(Dienststelle Unterschrift)